



SABINE EYTING, BUCHENSTRASSE 44, 26180 RASTEDE

Sabine Eyting

Buchenstraße 44
26180 Rastede
+49 (4402) 696393
Sabine.eyting@ewetel.net
www.gruene-rastede.de

Rastede, den 12.12.2017

Redebeitrag zu TOP 27 der Ratssitzung am 12.12.17: Haushaltssatzung und Haushaltsplan

Gedanken zum Haushalt

Der Rat ist ratlos

Der Rat geht nicht den mühsamen Weg des Sparens, sondern Hebesätzen werden heraufgesetzt. Die Fachausschüsse haben viel verschoben und wenig entschieden. Der CDU Ortverbandssprecher Torsten Wilters lehnt eine Steuererhöhung kategorisch ab.

So die Stimmen aus der Presse.

Dabei haben alle Fraktion sehr intensiv und lange über die Verbesserung der finanziellen Lage der Gemeinde und mögliche Optionen diskutiert. Wie kommt es zu so unterschiedlichen Wahrnehmungen?

Die vielen Gespräche mit unserem Kämmerer Herrn Dudek sah man nicht öffentlich, die kontroversen Diskussion fanden innerhalb der Fraktionen statt, der Haushalt wurde seitens der Verwaltung, die die Nachhaltigkeit und Notwendigkeit von Investmaßnahmen detaillierter im Blick hat, schon vor den Fachausschusssitzungen auf ein Minimum zusammengestrichen. Vieles fand also im Verborgenen statt.

Das ist einerseits notwendig, um die Beratungen in vergleichsweise kurzer Zeit abzuschließen. Das ist andererseits schädlich, da der Eindruck mangelnder Sorgfalt erweckt wird und die Entscheidungsfindung nicht mehr transparent ist.

Ebenso schädlich und belastend war allerdings auch die frühzeitige Positionierung von Ratsmitglied und OV Vorstand Torsten Wilters. Diese meines Erachtens eher dem Populismus und eigenem politischen Interesse geschuldete Aussage schadet in der Tat nachhaltig dem Ansehen des Rates, nämlich Entscheidungen zunächst sorgsam abzuwägen und zu prüfen, zumindest aber der Vertrauenswürdigkeit seiner Person. Das war unnötig.

Was können wir also besser machen? Ich denke, mehr Mut zu kontroversen Diskussionen auch öffentlichen Sitzungen auch mit unterschiedlichen Meinungen innerhalb einer Fraktion, um die vielfältigen Argumente des Für und Wider auch nach außen sichtbar zu machen. Daran müssen wir arbeiten.

Denn sicher gibt es viele Argumente, die auch gegen eine Steuererhöhung sprechen:

- Der Haushalt 2017 wies ein größeres Defizit auf und wir haben weder Steuern erhöht und noch Kredite aufgenommen. Das schaffen wir auch in diesem Jahr.
- Defizite können über die Überschussrücklage ausgeglichen werden.
- Wir können auch den Haushalt 2018 ausgleichen, wenn wir im Ergebnishaushalt die freiwilligen Leistungen im Schnitt um 6,5 % kürzen.
- Wir Leben auf sehr hohem Niveau, das muss nicht sein, wir können unsere Standards senken.

Es gibt aber auch gewichtige Argumente, die für die Steuererhöhung sprechen:

- Das Defizit im Ergebnishaushalt wird in den kommenden Jahren weiter anwachsen, wie wollen wir dem begegnen?
- Die Eigenfinanzierungskraft der Gemeinde ist völlig unzureichend, es ist eine Frage der Zeit, bis die kommunale Aufsicht, den Gemeindehaushalt so nicht mehr genehmigen wird
- Wir haben die liquiden Mittel (Reserve) in den letzten Jahren nahezu aufgezehrt.
- Wie lange halten wir einen Sparhaushalt ohne Mittel für z.B. die bauliche Unterhaltung und Deckenprogramm durch.
- Wann ist der Punkt gekommen, an dem wir unsere Substanz nur noch aufzehren können statt sie zu unterhalten, weil schlichtweg die Mittel fehlen
- Wie kann eine Gemeinde eine der umfangreichsten Infrastrukturen im Ammerland unterhalten, aber im Steuerbereich dauerhaft im unteren Mittelfeld liegen
- Mit welchen Mittel soll die Weiterentwicklung die politische Gestaltung der Gemeinde erfolgen, wenn die vorhandenen Mittel nur für die notwendigen Pflichtaufgaben verwendet werden müssen?

Und obwohl einige der zuvor genannten Argumente durchaus auch gegen eine Steuererhöhung sprechen, spiegeln sie nur eine kurzfristige Deckung des Haushaltsdefizites 2018, nicht aber eine nachhaltige Haushaltspolitik wieder und diese streben wir an. Man darf nicht nur auf die blank polierten Fußspitzen schauen, wenn einen Schritt weiter der Abgrund wartet.

Richtig ist: ein weiter so darf es nicht geben.

Wir müssen unserer Ansicht nach, um eine handlungsfähige und lebenswerte Gemeinde zu bleiben auf der einen Seite die Einnahmen erhöhen. Dies geschieht dann über die Steuern, wenn andere Maßnahmen, wie die Anhebung von Nutzerentgelten politisch und sozial nicht verträglich sind. Alle Bürger der Gemeinde profitieren von den unterschiedlichsten Einrichtungen im Bereich Kinder, Kultur, Sport, Ehrenamt etc., also sollte die Solidargemeinschaft auch insgesamt an den Kosten beteiligt werden.

Auf der anderen Seite sollte das Investitionsniveau zukünftig deutlich sinken und gedeckelt werden, um über die Abschreibungen den Ergebnishaushalt nicht weiter so stark zu belasten. Vorhaben sollte nur dann geplant und in das Investbudget aufgenommen werden, wenn sie auch im Planjahr umzusetzen sind. Fixe Beträge sollten für Standardpositionen wie bauliche Unterhaltung und Deckenprogramm eingestellt werden, um den Erhalt der Substanz zu sichern, aber nicht jedes Jahr neu diskutieren zu müssen. Last but not least die Konzentration auf wesentliche Leitlinien für die Entwicklung der Gemeinde.

Nur dies alles zusammen kann eine nachhaltige Finanzentwicklung der Gemeinde gewährleisten.

Es gilt das gesprochene Wort

Mit freundlichen Grüßen

Sabine Eytting